Habilitationsordnung
des Fachbereichs 7: Natur- und Umweltwissenschaften
der Universität Koblenz-Landau


ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

§ 1
Begriff und Zweck der Habilitation

(1) Die Habilitation ist ein Weg, den für die Berufung zur Professorin oder zum Professor erforderlichen Nachweis hervorragender wissenschaftlicher Leistung und pädagogischer Befähigung zu erbringen. Sie verleiht der Bewerberin oder dem Bewerber außerdem die Berechtigung, an der Universität Koblenz-Landau in einem bestimmten Fachgebiet selbständig zu lehren (venia legendi).

(2) Habilitiert wird nur für solche Fächer, die durch Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer oder habilitierte Mitglieder vertreten sind.

§ 2
Zuständigkeit und Stimmberechtigung

(1) Zuständig für Fragen der Habilitationsordnung ist der Fachbereichsrat des Fachbereichs 7: Natur- und Umweltwissenschaften. Dem Fachbereichsrat obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Verabschiedung von Änderungen der Habilitationsordnung,
2. Festlegung der Fachgebiete, für die habilitiert werden kann gemäß § 1 Abs. 2,
3. Entscheidung über Auslegung und gleichmäßige Anwendung der Vorschriften dieser Ordnung in Verfahrensfragen.

Die Verfahrensregelungen des Hochschulgesetzes zum Erlass von Habilitationsordnungen bleiben unberührt.

(2) Den Schriftwechsel nach außen in Angelegenheiten der Habilitationsverfahren, insbesondere bezüglich der Gutachten, führt die Dekanin oder der Dekan des Fachbereichs.

(3) Im Rahmen der Anhörung gemäß § 11 Abs. 6 Satz 1 sind nur die Professorinnen oder die Professoren und Habilitierten des Fachbereichsrats zur Anhörung berechtigt (§ 25 Abs. 5 HochSchG).
§ 3
Besondere Habilitationsleistungen

(1) Die schriftlichen Leistungen (Habilitationsschrift) sind in deutscher oder englischer Sprache abzufassen und sollen eine neue wissenschaftliche Erkenntnis aufzeigen. Sie bestehen entweder in einer Monographie (1.) oder in einer kumulativen Habilitationsschrift (2.):

1. Die Habilitationsschrift als Monographie besteht in einer wissenschaftlichen Abhandlung. Die schriftlichen Leistungen können auch im Falle der Monographie bereits publiziert sein, wobei der Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht länger als 8 Jahre zurückliegen soll.


3. In jedem Fall soll die Habilitationsschrift sowohl eine deutsche als auch eine englische Zusammenfassung enthalten.

(2) Für die Habilitationsschrift gilt zudem:

1. Vorgelegte Schriften müssen in ihrer wissenschaftlichen Thematik zum erstrittenen Habilitationsfach gehören, insgesamt eine wissenschaftlich bedeutende Leistung darstellen und die Fähigkeit der Bewerberin oder des Bewerbers zu eigenständiger wissenschaftlicher Forschung erkennen lassen.


4. Wissenschaftliche Arbeiten, die bereits im Rahmen anderer Prüfungsverfahren vorgelegt wurden, können nicht zugelassen werden.

1. Im wissenschaftlichen Vortrag ordnet die Kandidatin oder der Kandidat ihr oder sein Habilitationsthema und seine Bedeutung in den größeren wissenschaftlichen Zusammenhang ein. Die sich unmittelbar anschließende wissenschaftliche Aussprache kann sich auch auf Grundfragen des angestrebten Habilitationsfachs erstrecken. Der wissenschaftliche Vortrag und die Aussprache müssen zeigen, dass die Bewerberin oder der Bewerber in der Lage ist, das Habilitationsthema und sein wissenschaftliches Umfeld in didaktisch und methodisch geeigneter Weise für das Publikum des Fachbereichs verständlich darzustellen sowie die zum Habilitationsthema und Habilitationsfach auftretenden Fachprobleme zu erfassen, zu diskutieren und ihre oder seine Ansichten zu vertreten.

2. In der Lehrprobe hält die Bewerberin oder der Bewerber eine Vorlesung zu einem einschlägigen Thema im angestrebten Habilitationsfach, aber außerhalb des eigenen Habilitationsthemas. Die sich daraufhin anschließende unmittelbare Aussprache kann sich auf Inhalte und Ziele der Lehrprobe und des Habilitationsfaches und deren Einordnung ins Lehrkonzept beziehen. Die Lehrprobe und die anschließende Aussprache müssen zeigen, dass die Bewerberin oder der Bewerber in der Lage ist, eine einschlägige Lehrveranstaltung seines Habilitationsfaches über ein Semester zu planen, eine Vorlesung in didaktisch und methodisch geeigneter Weise zu halten, auf die zur Verfügung stehende Zeit und die Zielgruppe auszurichten und in das Lehrkonzept zum angestrebten Habilitationsfach einzuordnen sowie in der Aussprache auf die zur Lehre im Habilitationsfach und zur Lehrprobe auftretenden Diskussionspunkte und Fragen einzugehen und diese zu diskutieren.

(4) Die besonderen Belange von Bewerberinnen und Bewerbern mit Behinderungen zur Wahrung ihrer Chancengleichheit sind zu berücksichtigen. Macht eine Bewerberin oder ein Bewerber vor Prüfungsbeginn glaubhaft, dass sie oder er wegen einer Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann der Fachbereichsrat gestatten, die Prüfungsleistung innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in anderer Form zu erbringen. Dazu kann die Vorlage eines arztlichen Attestes verlangt werden.

§ 4 Voranmeldung

ERÖFFNUNGSVERFAHREN

§ 5
Voraussetzungen für die Zulassung zur Habilitation


(2) Das für die Habilitation gewählte Fach muss im Fachbereich 7: Natur- und Umweltwissenschaften angemessen vertreten sein. Im Zweifelsfall entscheidet hierüber der Fachbereichsrat.

(3) Die Bewerberin oder der Bewerber muss nachweisen, dass sie oder er nach Abschluss der Promotion in der Regel mindestens fünf Jahre einschließlich auf dem Gebiet der angestrebten Lehrbefähigung wissenschaftlich gearbeitet und publiziert haben.


(5) Bewerberinnen oder Bewerber müssen den Besuch eines Seminars für Didaktik und Rhetorik oder einer gleichwertigen Lehrveranstaltung nachweisen (Umfang mindestens 8 Stunden).

(6) Bewerberinnen oder Bewerber dürfen nicht als hauptamtlich tätige Bedienstete einer anderen Hochschule angehören. Bei auswärtigen Bewerberinnen oder Bewerbern muss eine Lehrtätigkeit gemäß § 5 Abs. 4 auf Grund von vom Fachbereich erteilten Lehraufträgen nachgewiesen werden.

(7) Gegen Bewerberinnen oder Bewerber darf im Geltungsbereich des Grundgesetzes kein einschlägiges Berufsverbot verhängt sein. Ist gegen eine Bewerberin oder einen Bewerber ein strafrechtliches, dienstordnungsmäßiges oder berufständisches Verfahren im Gange, so kann das Zulassungsverfahren ausgesetzt werden.
(8) Es ist eine Habilitationsschrift (§ 3 Abs. 1 und 2) vorzulegen.

(9) Die Zulassung ist auszuschließen, wenn für die Bewerberin oder den Bewerber ein Habilitationsverfahren für das Fachgebiet, für das die Lehrbefähigung angestrebt wird, an einer anderen Universität anhängig oder dort ohne Erfolg abgeschlossen worden ist.

§ 6 Habilitationsgesuch

(1) Die Eröffnung des Habilitationsverfahrens erfolgt auf Antrag, der an die Dekanin oder den Dekan des Fachbereichs zu richten ist (Habilitationsgesuch). In dem Antrag ist das Fachgebiet anzugeben, für das die Lehrbefähigung angestrebt wird.

(2) Dem Antrag sind beizufügen:

1. der Lebenslauf mit Darstellung des beruflichen und persönlichen Werdegangs,
2. eine amtlich beglaubigte Fotokopie der Promotionsurkunde oder der urkundliche Nachweis einer entsprechenden Qualifikation gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2,
3. ein Exemplar der Dissertation,
4. jeweils eine amtlich beglaubigte Fotokopie des Zeugnisses oder der Zeugnisse über den oder die von der Bewerberin oder von dem Bewerber erworbenen Hochschulabschluss oder Hochschulabschlüsse. Sofern die Abschlüsse im fremdsprachigen Ausland erworben wurden, sind neben beglaubigten Fotokopien der originalsprachigen Urkunden auch amtlich beglaubigte Übersetzungen ins Deutsche einzureichen (Staatsexamen, Diplom, Master, Bachelor),
5. eine Erklärung über etwaige beantragte, eingeleitete oder erfolglos beendete Habilitationsverfahren und andere entsprechende Qualifikationsverfahren,
6. die Nachweise über das Vorliegen der in § 5 bezeichneten Voraussetzungen und die bisher bestandenen Prüfungen,
7. ein Verzeichnis der wissenschaftlichen Arbeiten der Bewerberin oder des Bewerbers, die Habilitationsschrift gemäß § 3 Abs. 1 und 2 in jeweils sechs Exemplaren als Ausdruck sowie als eine pdf-Datei auf einem üblichen Datenträger, welcher dem Originalexemplar beizulegen ist,
8. die Versicherung, dass die schriftlichen Habilitationsleistungen (§ 3 Abs. 1 und 2) selbständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommene Stellen als solche kenntlich gemacht wurden,
9. ein Verzeichnis der an der Universität Koblenz-Landau und anderen wissenschaftlichen Hochschulen abgehaltenen Lehrveranstaltungen,
10. den Nachweis über die erbrachte Lehrleistung und die Lehrevaluationen an der Universität Koblenz-Landau,
11. ein amtliches Führungszeugnis, sofern die Bewerberin oder der Bewerber nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt ist,
12. fünf Gutachtervorschläge mit kurzer Auswahlbegründung und Erklärung zur Befangenheit,
13. jeweils drei Themenvorschläge für den Habilitationsvortrag und die Lehrprobe.

(3) Über den Antrag sind die Mitglieder des Fachbereichsrates und alle übrigen Professorinnen oder Professoren des Fachbereichs zu unterrichten. Die Professorinnen und Professoren dieses Kreises sind berechtigt, schriftliche gutachterliche Stellungnahmen zur Habilitationsschrift abzugeben. Der Antrag
wird für diesen Personenkreis 14 Tage lang in der Vorlesungszeit, anderenfalls 6 Wochen zur Einsichtnahme im Dekanat ausgelegt.

§ 7
Rücknahme und Wiederholung des Habilitationsgesuchs
(1) Die Bewerberin oder der Bewerber kann das Habilitationsgesuch jederzeit ohne Angabe von Gründen schriftlich zurücknehmen.
(2) Eine Rücknahme vor der Eröffnung oder eine Ablehnung der Eröffnung (§ 8 Abs. 2) hat keinen Einfluss auf die Wiederholungsmöglichkeit.
(3) Verfahren, die gemäß § 14 ohne Erfolg beendet wurden, können höchstens einmal wiederholt werden. Im Wiederholungsfall ist für die schriftlichen Habilitationsleistungen ein neues Thema zu wählen.
(4) Das Habilitationsgesuch zu einer Wiederholung des Verfahrens kann frühestens ein Jahr nach dem beendigenden Ereignis gestellt werden. Im Übrigen gelten die Bestimmungen dieser Habilitationsordnung.

§ 8
Eröffnung des Verfahrens
(1) Die Dekanin oder der Dekan prüft die von der Bewerberin oder dem Bewerber eingereichten Unterlagen. Sind diese nicht vollständig, so ist der Bewerberin oder dem Bewerber Gelegenheit zur Ergänzung zu geben. Sind die Voraussetzungen nach § 5 erfüllt und hat der Antrag nach § 6 Abs. 3 Satz 3 ausgegeben, so eröffnet die Dekanin oder der Dekan das Habilitationsverfahren.
(2) Die Eröffnung kann nur abgelehnt werden, wenn
   1. das Habilitationsgesuch mit den eingereichten Unterlagen unvollständig ist
   2. die Voraussetzungen nach § 5 nicht erfüllt sind oder
   3. Voraussetzungen vorliegen, unter denen ein akademischer Grad, die Lehrbefähigung oder die Lehrbefugnis entzogen werden können.

PRÜFUNG DES HABILITATIONSGESUCHS UND DER BESONDEREN HABILITATIONSLEISTUNGEN

§ 9
Habilitationskommission
(1) Nach der Eröffnung des Verfahrens benennt der Fachbereichsrat die Mitglieder der für diese Habilitation zuständigen Habilitationskommission und, falls noch nicht geschehen, zwei Mentorinnen oder Mentoren. Die Kandidatin oder der Kandidat kann hierfür Vorschläge machen.

- 59 -
(3) Als entscheidungsbeauftragte Kommission gehören ihr gemäß § 72 Abs. 2 i.V.m. § 37 HochSchG weiterhin an: mindestens eine akademische Mitarbeiterin oder ein akademischer Mitarbeiter und mindestens eine Studierende oder ein Studierender sowie eine nichtwissenschaftliche Mitarbeiterin oder ein nichtwissenschaftlicher Mitarbeiter des Fachbereichs. Für die Bewertung der Habilitationsleistungen gemäß § 9 Abs. 4, § 10 und § 11 sind nur die Professorinnen oder die Professoren und Habilitierten stimmberechtigt (§ 25 Abs. 5 HochSchG).

(4) Die Habilitationskommission hat die Aufgabe, in vertraulicher Aussprache über die fachliche und didaktische Befähigung der Bewerberin oder des Bewerbers und ihre oder seine Eignung für die angestrebte Tätigkeit als Hochschullehrerin oder Hochschullehrer aufgrund ihrer oder seiner bisherigen Leistungen einschließlich ihrer oder seiner schriftlichen Habilitationsleistungen zu beraten (§ 3 Abs. 1 und 2). Zur eingehenden Bewertung und Beurteilung nimmt sie zunächst von der Mentorin oder dem Mentor einen mündlichen Bericht über Werdegang, Persönlichkeit, Lehr- und Vortragstätigkeit und auswärtige Betätigung in Forschung und Lehre der Bewerberin oder des Bewerbers sowie über ihre oder seine bisherigen Forschungsleistungen (Schriftverzeichnis) einschließlich der schriftlichen Habilitationsleistungen entgegen. Über anderweitige Verfahren gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 5 sollen Erkundigungen eingezogen werden. Die Habilitationskommission erörtert auch die Frage, ob das beantragte Fach für die venia legendi den Anforderungen des § 1 Abs. 2 und den Leistungen der Habilitandin oder des Habilitanden entspricht.

§ 10

Begutachtung und Entscheidung über Annahme der Habilitationsschrift

(1) Die Habilitationskommission beschließt, welche Professorinnen oder Professoren des Habilitationsfachs und andere entsprechend qualifizierte Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler die schriftlichen Habilitationsleistungen und die bisherigen Leistungen begutachten und zu den in Abs. 4 genannten Gesichtspunkten Stellung nehmen sollen.


(4) Die Gutachten müssen in schriftlicher Form abgegeben werden. Sie haben sich an den Kriterien nach § 1 Abs. 1 und § 3 Abs. 1 und 2 zu orientieren und müssen eine abschließende Empfehlung über Annahme, Ablehnung oder Überarbeitung...


(7) Die Habilitationskommission berät und beschließt im Falle der Annahme der schriftlichen Habilitationsleistungen ferner über das Fach der zu erteilenden venia legendi sowie über die Themen für Vortrag und Lehrprobe nach § 3 Abs 3. Erfüllen die Themenvorschläge nicht die in § 3 Abs. 3 genannten Kriterien für den Vortrag oder die Lehrprobe, fordert sie eine neue Themenliste an. Die Habilitationskommission gibt eine Begründung zur Auswahl der Themen sowie zum Fach der venia legendi. Wenn aus Sicht der Gutachterinnen und Gutachter oder der Habilitationskommission Zweifel an der gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 1 definierten fachlichen Zugehörigkeit der Habilitationssschrift zu dem beantragtem Habilitationsfach bestehen, kann dieses Fach nach Rücksprache mit der Habilitandin oder dem Habilitanden abweichend vom Antrag verändert werden.

(8) Die Dekanin oder der Dekan nimmt den Bericht und die Entscheidungen der Habilitationskommission entgegen und teilt den Mitgliedern des Fachbereichsrates das Ergebnis mit.

(9) Werden die schriftlichen Habilitationsleistungen abgelehnt, so ist das Habilitationsverfahren beendet.
Abgelehnte schriftliche Habilitationsleistungen verbleiben mit den Gutachten bei der Hochschule.

§ 11
Durchführung der mündlichen Habilitationsleistungen, Feststellung der Lehrbefähigung

(1) Nach Annahme der schriftlichen Leistungen nach § 10 Abs. 8 wird durch die Dekanin oder den Dekan im Einvernehmen mit der Habilitandin oder dem Habilitanden ein Termin für den wissenschaftlichen Vortrag (§ 3 Abs. 3 Satz 1) und die Lehrprobe (§ 3 Abs. 3 Satz 2), jeweils mit anschließender Aussprache, mit den jeweiligen von der Habilitationskommission beschlossenen Themen festgelegt.


(4) Auf Antrag von Bewerberinnen und Bewerbern kann gemäß § 26 Abs. 3 Nr. 5 HochSchG die zentrale Gleichstellungsbeauftragte oder die Gleichstellungsbeauftragte des Fachbereiches an dem Vortrag und dem Kolloquium teilnehmen.


(6) Nach Abschluss des Vortrags, der Lehrprobe und der jeweiligen Aussprachen berät die Habilitationskommission nach Anhörung der jeweils anwesenden Mitglieder des Fachbereichsrats in nicht öffentlicher Sitzung über die mündlichen Leistungen gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 und § 3 Abs. 3 und über die Feststellung der Lehrbefähigung. Die Habilitationskommission kann beschließen, dass Vortrag und Kolloquium oder Lehrprobe mit einem anderen Thema innerhalb einer angemessenen Frist zu wiederholen sind. Andernfalls beschließt die Habilitationskommission in Würdigung der gesamten für die Beurteilung der Lehrbefähigung relevanten Leistungen über die Feststellung der Lehrbefähigung.

ABSCHLUSS DES VERFAHRENS

§ 12
Veröffentlichung der Habilitationsschrift

§ 13
Vollzug der Habilitation
(1) Über die Habilitation ist nach Vorlage des Nachweises der Veröffentlichung der Habilitationsschrift und der drei gedruckten Exemplare (§ 12) eine Urkunde auszustellen, die der Habilitierten oder dem Habilitierten überreicht wird. Sie trägt das Datum des Beschlusses über die Feststellung der Lehrbefähigung (§ 11 Abs. 6). Die Habilitation ist mit der Überreichung der Urkunde vollzogen.
(2) Die Urkunde enthält
1. die Personalien der oder des Habilitierten,
2. das Thema der Habilitationsschrift oder den thematischen Schwerpunkt der als Habilitationsschrift anerkannten wissenschaftlichen Arbeiten sowie das Thema des wissenschaftlichen Vortrages,
3. das Fachgebiet, für das die Lehrbefähigung und die venia legendi erworben wurde,
4. die Unterschrift der Dekanin oder des Dekans,
5. das Siegel der Hochschule sowie das Datum der mündlichen Habilitationsleistungen.

§ 14
Beendigung des Habilitationsverfahrens ohne Erfolg
Ein Habilitationsverfahren ist ohne Erfolg beendet, wenn der Beschluss über die Annahme der schriftlichen Habilitationsleistungen und die im bisherigen Verfahren erwiesene Eignung zur Hochschullehrerin oder zum Hochschullehrer (§ 10 Abs. 6 Satz 1) oder über die abschließende Feststellung der Lehrbefähigung (§ 11 Abs. 6 Satz 3) nicht die erforderliche Mehrheit findet.
WEITERE BESTIMMUNGEN

§ 15
Wirkung der Habilitation; Lehrbefähigung und Lehrbefugnis

(1) Habilitierte sind berechtigt, ihrem Doktorgrad die Bezeichnung "habiliierta" oder "habilitatus" ("habil.") hinzuzufügen. Neben der Bezeichnung "Professorin" oder "Professor" oder "außerplanmäßige Professorin" oder "außerplanmäßiger Professor" können Bezeichnungen nach Satz 1 nicht geführt werden.

(2) Mit dem Erwerb der Lehrbefähigung erhalten Habilitierte gemäß § 61 Abs. 1 HochSchG auch die Lehrbefugnis, d.h. das Recht, an der Universität Koblenz-Landau im Rahmen der in der Urkunde angegebenen venia legendi selbständig Lehrveranstaltungen abzuhalten, soweit dadurch die Bereitstellung des erforderlichen Lehrangebots der Universität nicht beeinträchtigt wird.

(3) Zur Aufrechterhaltung der Lehrbefugnis ist sie oder er verpflichtet, auf diesem Gebiet wenigstens eine zweiwöchentige Lehrveranstaltung im Umfang von mindestens zwei Semesterwochenstunden abzuhalten.

§ 16
Umbhabilitation

Sind Bewerberinnen oder Bewerber bereits an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule habilitiert und wollen sie an der Universität Koblenz-Landau eine Lehrbefugnis erhalten, so können sie sich umhabilitieren. Als schriftliche Leistungen sind auch die schriftlichen Leistungen zur Habilitation der Bewerberin oder des Bewerbers zulässig. Die Habilitationskommission kann auf die erneute Beurteilung der schriftlichen Habilitationsleistungen durch schriftliche Gutachten verzichten. Auf Empfehlung der Habilitationskommission kann der Fachbereichsrat weiterhin die mündlichen Leistungen der Bewerberin oder des Bewerbers zur Habilitation anerkennen, nachdem die Bewerberin oder der Bewerber sich dem Fachbereich und dem Fachbereichsrat in einem Vortrag gemäß § 3 Abs. 3 Nr. 1 und § 11 Abs. 3 und 6 vorgestellt hat.

§ 17
Aberkennung der Lehrbefähigung

(1) Die Habilitation muss durch Beschluss des Fachbereichsrates zurückgenommen werden, wenn

1. sich herausstellt, dass wesentliche Voraussetzungen für die Erteilung nicht gegeben waren, oder
2. sich Habilitierte zur Erlangung der Lehrbefähigung unerlaubter Mittel bedient haben oder wenn die Lehrbefähigung auf Grund eines durch die Bewerberin oder den Bewerber zu verantwortenden Irrtums über das Vorliegen wesentlicher in der Habilitationsordnung geforderter Voraussetzungen erlangt wurde, oder
3. derjenige akademische Grad nicht mehr geführt werden darf, der Voraussetzung für die Zulassung zur Habilitation war.

- 64 -
(2) Vor der Rücknahme ist der Habilitierten oder dem Habilitierten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(3) Mit der Aberkennung der Lehrbefähigung verliert die betroffene Person die Rechtsstellung gemäß § 15.

§ 18
Erlöschen der Lehrbefugnis

(1) Die Lehrbefugnis erlischt:
1. mit der Aberkennung der Lehrbefähigung (§ 17);
2. durch schriftliche Verzichtserklärung Habilitierter an die Dekanin oder den Dekan;
3. durch Erlangung der Lehrbefugnis an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule oder durch Umhabilitation;
4. durch Widerruf (§ 19).

(2) Der Zeitpunkt des Erlöschens ist festzustellen.

(3) Wünschen Habilitierte, die auf die Lehrbefugnis verzichtet haben, später, ihre Lehtätigkeit wieder aufzunehmen, so ist nach den Vorschriften über die Umhabilitation gemäß § 16 zu verfahren.

(4) Mit Erlöschen der Lehrbefugnis verlieren die Betroffenen ihr damit verbundenes Prüfungsrecht.

§ 19
Widerruf und Aussetzen der Lehrbefugnis

(1) Der Fachbereichsrat kann den Widerruf der Lehrbefugnis beschließen, wenn
1. Habilitierte vor Erreichung des 65. Lebensjahres ohne hinreichenden Grund in zwei aufeinander folgenden Semestern ohne Genehmigung des zuständigen Fachbereichsrates von ihrer Lehrbefugnis keinen Gebrauch gemacht haben;
2. Gründe vorliegen, die bei Beamten und Beamten zur Entfernung aus dem Dienst führen.

Vor dem Beschluss ist der oder dem Habilitierten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Im Fall der Nummer 2 kann der Fachbereichsrat für die Dauer des Verfahrens der oder dem Habilitierten die Ausübung der venia legendi untersagen.

(2) In begründeten Fällen kann der Habilitationsausschuss den Habilitierten oder die Habilitierte auf Antrag für eine angemessene Frist von dieser Lehrverpflichtung entbinden.

§ 20
Wirkung der Rücknahme, des Verzichts und des Widerrufs

Im Zeitpunkt der Wirksamkeit der Rücknahme der Habilitation, des Verzichts auf die Lehrbefugnis oder des Widerrufs der Lehrbefugnis verliert die oder der Betroffene die Rechte gemäß § 15 Abs. 2 ff. dieser Ordnung, im Falle der Rücknahme gemäß § 17 auch das Recht, den Zusatz "habil." zu führen (§ 15 Abs. 1).
§ 21
Fristen

(1) Die Entscheidung über die Eröffnung des Habilitationsverfahrens ist innerhalb von drei Monaten zu treffen.

(2) Über die Annahme der schriftlichen Leistungen soll binnen sechs Monaten nach der Eröffnung des Verfahrens entschieden werden.


(4) Fristüberschreitungen sind der Bewerberin oder dem Bewerber gegenüber schriftlich zu begründen.

§ 22
Allgemeine Verfahrensbestimmungen

(1) Sitzungen des Fachbereichsrats und der Habilitationskommission bezüglich des Habilitationsverfahrens sind nichtöffentlich.

(2) Alle ablehnenden Entscheidungen sowie Entscheidungen nach § 17 und § 18 müssen unter Hinweis auf die entsprechenden Bestimmungen dieser Habilitationsordnung begründet und der oder dem Betroffenen schriftlich mitgeteilt werden. Die Mitteilung ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.


(4) Über die Sitzungen des Fachbereichsrates und der Habilitationskommission wird Protokoll geführt. Im Laufe des Verfahrens ist der Bewerberin oder dem Bewerber auf Wunsch Auskunft über gefasste Beschlüsse zu geben.

§ 23
Anzeigen

Der Vollzug der Habilitation ist von der Dekanin oder vom Dekan der Präsidentin oder dem Präsidenten der Universität Koblenz-Landau anzuzeigen.

§ 24
Inkrafttreten, Übergangsbestimmungen


(2) Ist bei Inkrafttreten dieser Ordnung eine Bewerberin oder ein Bewerber bereits
zum Habilitationsverfahren zugelassen, wird das Verfahren nach den Bestimmungen der in Abs. 1 Satz 2 genannten Habilitationsordnung durchgeführt.


Die Dekanin des Fachbereichs 7
der Universität Koblenz-Landau
Prof. Dr. Gabriele E. Schaumann
Anlage 1 (Titelblatt der Habilitationsschrift):

Name

Titel

Habilitationsschrift
zur Erlangung der Venia legendi
für das Fachgebiet ..........

vorgelegt dem Fachbereich 7:
Natur- und Umweltwissenschaften
der Universität Koblenz-Landau
Campus Landau

Landau, den ..........